

Von Südafrika ging mit der politischen Wende am Kap die Hoffnung aus, das Land könnte für den gesamten Subkontinent zu einem Vorbild demokratischer Entwicklung, politischer Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwungs werden. Tatsächlich hat die Kaprepublik – wenn auch mit Einschränkungen – diesen Erwartungen bis heute weitgehend entsprochen. Präsident Mbeki kann zu Recht auf eine freie Presse, die Respektierung der Menschenrechte, auf positives Wirtschaftswachstum und das gesunde Finanzmanagement seiner Regierung verweisen. Zu einer Milderung der Armut im Land hat dies jedoch kaum beigetragen, und mit den Auswirkungen der Aids-Epidemie und den von den anarchischen Zuständen in Simbabwe ausgehenden Unsicherheiten zeigen sich für die Zukunft dunklere Wolken am Horizont. Die soziale Unrast nimmt zu; in den kommenden Jahren wird es deshalb vor allem darauf ankommen, ob für die Armutsbevölkerung im Land spürbare Verbesserungen erreicht werden können.

Präsident Mbeki in der Kritik

Von spektakulären innenpolitischen Ereignissen und Turbulenzen ist Südafrika im abgelaufenen Jahr verschont geblieben. Dessen ungeachtet zeigt sich aber immer wieder, wie schwer es für Präsident Mbeki ist, aus dem Schatten seines Vorgängers hervorzutreten, zumal eine Reihe von Anlässen immer wieder zu Kritik an seiner Amtsführung führt. Seine oft als unnahbar empfundene Art, seine kontroverse Haltung zum Aids-Problem und seine wenig überzeugenden Äußerungen zu den politischen Verhältnissen in Simbabwe haben in den letzten Monaten das öffentliche Bild der südafrikanischen Regierung getrübt. Selbst sein Vorgänger Mandela warf in jüngster Zeit der herrschenden schwarzen Elite verschiedentlich – ohne Namen zu nennen – »mangelnde Kritikfähigkeit«, »Arroganz«, »korrupte Praktiken« und eine »fehlende Vorbildfunktion« vor. Hinzu kommt die oft ambivalent-kritische Haltung Mbekis den freien Medien gegenüber, denen er eine häufig regierungsfeindliche und unsachliche Berichterstattung vorwirft.

Im April sorgte ein angebliches Komplott dreier prominenter schwarzer Geschäftsleute und früherer ANC-Aktivistinnen (Cyril Ramaphosa, Tokyo Sexwale und Matthew Phosa) für erhebliches Aufsehen – ein Gerücht, das jedoch entschieden zurückgewiesen wurde und auch in der Öffentlichkeit auf wenig Glaubwürdigkeit stieß. Ungeachtet dessen hat diese offenbar lancierte Fehlinformation jedoch eine gewisse Unruhe innerhalb des ANC

sowie mit dessen Verbündeten Cosatu und SACP um Mbekis Präsidentschaft und dessen Nachfolge deutlich gemacht.

Ein Warnzeichen waren auch die Lokalwahlen vom 5. Dezember 2000, die zu einem deutlichen Denkmäler für den ANC wurden, zumal der Schwerpunkt des Wahlkampfes kaum auf Gemeindepolitik, sondern überwiegend auf nationale Themen ausgerichtet war. Schon die Tatsache, dass sich nur 65% der Wahlberechtigten in das Wahlregister hatten eintragen lassen, signalisierte Unzufriedenheit. Als dann tatsächlich nur 48% zur Wahlurne gingen, wurde das allgemeine Unbehagen noch deutlicher, das in Afrika traditionell eher durch Wahlenthaltung als durch den Wechsel zu einer anderen Partei zum Ausdruck gebracht wird. Aber auch das Wahlergebnis sorgte für eine Überraschung. Zwar war der ANC mit 59% klarer Wahlsieger und dominiert weiterhin den größten Teil der Stadt- und Gemeinderäte im Land. Nur Kapstadt blieb die einzige der sechs Großstädte Südafrikas, die nicht vom ANC regiert wird. Unerwartet war aber, dass die Democratic Alliance (DA), der erst kurz zuvor vollzogene Zusammenschluss der Democratic Party mit der New National Party, unter der Führung des weißen Liberalen Tony Leon, stark zulegen konnte und 23% der Stimmen erhielt. Die DA scheint sich damit als zweite politische Kraft im Land fest zu etablieren.

Ein weiterer Konflikt- und Kritikpunkt gegenüber Mbeki sind die Korruptionsvorwürfe, die im Zusammenhang mit dem 1999 zwischen der südafrikanischen Re-

gierung und vier europäischen Waffenherstellern abgeschlossenen Rüstungsauftrag im Wert von 43 Mrd. Rand erhoben werden. Dieses Waffengeschäft beschäftigt die südafrikanische Öffentlichkeit schon länger. Die Oppositionsparteien im Parlament fordern eine rückhaltlose Aufklärung. Justizminister Maduna und auch Mbeki selbst sprachen sich jedoch lange Zeit gegen eine Untersuchung dieses umstrittenen Rüstungsgeschäfts aus. Aktuell sind dennoch mehrere Kommissionen in Südafrika mit der Ermittlung befasst, und auch in Deutschland ermittelt die Münchner Justiz zwar nicht gegen den europäischen Rüstungskonzern EADS als Vertragspartner, sondern gegen einzelne Akteure.

Ungeachtet dieser Kritik ist Mbekis außenpolitisches Image gut. Er verfolgt weiter seine Vision einer afrikanischen Renaissance und warb auf einer Reise zu den wichtigsten Industriestaaten des Westens für das von ihm gemeinsam mit den Präsidenten von Nigeria und Algerien ausgearbeitete *Millenium Africa Renaissance Program*. Bei diesem Programm handelt es sich um ein eher visionäres Entwicklungskonzept, wie im Zeitalter der Globalisierung die Probleme Afrikas gelöst werden können. Kernpunkte sind die Stabilisierung der Demokratie in Afrika, eine umfassende gesundheitliche Prävention (nicht nur auf Aids bezogen) und eine Aufbauhilfe für den Kontinent, die Beobachter mit dem Marshallplan der USA für Nachkriegseuropa vergleichen. Im Vorfeld des G8-Gipfeltreffens in Genua im Juli wurde Mbeki von den Staatsmännern des Westens die Unterstützung seines Programms zugesichert.

Bilanz und Regierungsprogramm

In seiner jährlichen Ansprache zur Lage der Nation anlässlich der Parlamentseröffnung Anfang Februar legte Präsident Mbeki großes Gewicht auf die positive Wirtschaftslage Südafrikas und hob die Leistungen der ANC-Regierung in den vergangenen sechs Jahren hervor. Er versprach, konsequenter als bisher gegen die Massenarmut auf dem Land und in den Städten vorzugehen und kündigte weitere Reformschritte in Wirtschaft und Verwaltung an. So sollen die Einwanderungsregeln, die bisher den Zuzug ausländischer Fachkräfte behindert haben, gelockert werden; für einige ländliche und städtische »Problemregionen« kündigte er Aufbauprogramme an. Noch im laufenden Jahr sollen die Strom- und Telekommunikationsmärkte weiter liberalisiert werden, um Südafrika international wettbewerbsfähiger zu machen und zugleich alternativen Energieanbietern (Wind- und Sonnenenergie) neue Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen. Regierung und Verwaltung sollen grundlegend umgestaltet werden, um aufgelegte Programme in Zukunft besser um-

Tab. 1
Veränderungsraten wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennziffern
– in % –

Gegenstand	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt	4,2	2,5	0,7	1,9	3,1
Inlandsnachfrage	4,0	2,4	0,4	-0,2	2,7
Privater Verbrauch	5,0	2,7	1,3	1,1	3,2
Staatsverbrauch	4,7	4,5	-0,5	-1,9	-2,5
Bruttoanlageinvestitionen	7,5	5,2	5,8	-6,0	1,3
Exporte (Güter und Dienstleistungen)	9,3	5,5	2,2	1,3	8,2
Importe (Güter und Dienstleistungen)	8,7	5,4	1,2	-7,4	7,4
Bergbauproduktion (ohne Gold)	0,7	4,0	2,2	-1,4	1,0
Golderzeugung	-5,0	-0,5	-6,0	-2,9	-4,8
Industrieproduktion	1,5	2,8	-3,1	0,3	4,4
Konsumentenpreise	7,4	8,6	7,1	6,9	7,8
Arbeitsproduktivität	4,0	4,3	5,0	4,0	6,2 ^{a)}
Beschäftigung ^{b)}	-0,7	-1,7	-3,7	-1,9	-2,7 ^{a)}

^{a)} September 2000. – ^{b)} Formaler Sektor außerhalb der Landwirtschaft.

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, June 2000 und March 2001.

setzen zu können. So werden z.B. die Haushaltsmittel von 2002 an nicht mehr einzelnen Ministerien, sondern politischen Schwerpunkten wie etwa der ländlichen Entwicklung oder öffentlichen Sicherheit zugeordnet, um die Koordination zwischen den Ministerien und damit den Mittelabfluss zu verbessern.

In der Informationstechnik geht es um die verstärkte Ausbildung von schwarzen Fachkräften, um dem sich durch Auswanderung verstärkenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Mbeki vermied es dagegen weitgehend, kontroverse Themen wie die Aids-Epidemie, Korruptionsvorwürfe, die Kriege in Afrika oder die Lage im Nachbarland Simbabwe anzusprechen. Gegenüber den weißen Südafrikanern fand er versöhnlichere Töne als in den vergangenen Monaten. Ökonomen teilten mehrheitlich Mbekis Einschätzung der Wirtschaftslage und würdigten seine Pläne in den Bereichen Energie, Transport und Telekommunikation. Positiv wurden auch die geplanten Reformen auf dem Arbeitsmarkt, speziell die angekündigten erleichterten Einwanderungsbestimmungen, aufgenommen. Dagegen vermisse man Äußerungen zu einer von Pretoria im Prinzip schon in Aussicht gestellten Lockerung der als zu starr kritisierten Arbeitsgesetze.

Positives Wachstum bei weiter rückläufiger Beschäftigung

Nach 1,9% im Vorjahr konnte Südafrika im Jahr 2000 mit 3,1% das höchste reale Wirtschaftswachstum seit 1996 realisieren, eine Folge günstiger Entwicklung in der Land-

wirtschaft, der verarbeitenden Industrie und im Dienstleistungsbereich. Der Beitrag des Bergbaus zum Sozialprodukt fiel dagegen erneut zurück, was vor allem auf die sich weiter abschwächende Goldförderung zurückzuführen war, die ihren niedrigsten Stand seit 46 Jahren erreichte. Zum Jahresende übertrafen die Exporte von Metallen der Platingruppe zum ersten Mal den Wert der Goldausfuhren.

Das neue Bergbaurecht, das zunächst bei den Minenkonzernen beträchtliche Unruhe hervorgerufen hatte, bei dem jetzt aber im Juni eine Einigung zwischen der Regierung und den Bergbauunternehmen erzielt werden konnte, soll diesem rückläufigen Trend insbesondere bei den Nicht-Gold-Mineralen entgegenwirken. Zentraler Punkt des neuen Gesetzes ist die Veränderung der Bergbaurechte. Die bisherige Lage war, dass sich diese im Besitz der Minenkonzerne befanden – mit der Folge, dass große potentielle Vorräte über Jahrzehnte ungenutzt blieben und von keiner anderen Gesellschaft erschlossen werden konnten. Jetzt wird der Staat Treuhänder der Rohstoffreserven des Landes, und der zuständige Minister erhält das Recht, Lizenzen zu vergeben oder zu entziehen. Seine Entscheidungen sind jedoch auf dem Gerichtsweg anfechtbar, was im ursprünglichen Gesetzentwurf nicht vorgesehen war. Da sich die Minenindustrie bis jetzt fast ausschließlich in weißer Hand befindet, sollen schwarze Unternehmen erleichterten Zugang erhalten. Auch die Minenkonzerne selbst wollen einen Fonds von 100 Mill. US-\$ zur Förderung schwarzer Unternehmer in diesem Bereich bereitstellen.

Der Grundsatz der neuen Regelung lautet »use it or loose it«; nur nicht genutzte Bergbaurechte können vom Staat annulliert und neu vergeben werden; für die aktuelle Produktion bedeutet das neue Recht keine Einschränkung. Als Reaktion auf die Möglichkeit des Lizenzentzugs plant die südafrikanische Bergbauindustrie schon jetzt Investitionen in der Größenordnung von 70 Mrd. R innerhalb der nächsten fünf Jahre – allein dies kann schon als überaus positive Wirkung des neuen Bergbaurechts angesehen werden. Da das neue Gesetz die Unternehmen auch verpflichtet, in die Entwicklung der umliegenden Siedlungen zu investieren, schließt es auch wichtige regionalpolitische Aspekte ein.

Trotz der insgesamt günstigen Wirtschaftsentwicklung ging der Arbeitsplatzabbau im formalen Sektor außerhalb der Landwirtschaft weiter und beschleunigte sich im Jahr 2000 mit –2,7% sogar wieder verglichen mit –1,9% im Vorjahr und –3,7% in 1998, dies allerdings mit der positiven Folge einer kräftigen Zunahme der Arbeitsproduktivität um 6,2% in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres und um 15,2% im angesprochenen Zeitraum insgesamt. Dieser Beschäftigungsrück-

gang fand nicht in bestimmten Sektoren statt, sondern verteilte sich weitgehend gleichmäßig auf die gesamte formale Wirtschaft. Die Gründe für die geringe Absorptionsfähigkeit der südafrikanischen Wirtschaft an Arbeitskräften sind bekannt: Modernisierung und Restrukturierung der Unternehmen zur Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit; dementsprechend Bevorzugung kapitalintensiver vor arbeitsintensiven Produktionsprozessen; der generelle Wandel der Produktionsstruktur hin zum Dienstleistungsbereich, der weniger als die anderen Wirtschaftssektoren auf ungelernete Arbeitskräfte in größerer Zahl angewiesen ist; die niedrige Spar- und Investitionsquote, die sich auch im Jahr 2000 nur minimal von 14,6 auf 15,2% verbesserte; sowie schließlich die mit zahlreichen Entlassungen verbundene Restrukturierung des öffentlichen Dienstes, um dessen Effizienz zu erhöhen.

Die Inflation stieg auf 7,8% (nach 6,9% in 1999). Dieser Preisanstieg spiegelt sich in einer breiten Produktpalette wider. Hauptgründe sind höhere indirekte Steuern auf bestimmte Produkte (vor allem Alkohol, Tabakwaren und Mineralölzeugnisse) sowie der generelle Preisanstieg beim Rohöl, während sich die Nahrungsmittelpreise nur mäßig erhöhten. Im Zusammenhang mit der überraschenden Leitzinssenkung der Zentralbank um 1 Prozentpunkt im Juni auf nunmehr 11% äußerte sich deren Gouverneur Tito Mboweni jedoch zuversichtlich, dass im laufenden Jahr wieder ein Rückgang der Geldentwertung auf 6% oder sogar darunter erreicht werden könne.

Trotz einer leichten Verschlechterung der Terms of Trade entwickelte sich der Außenhandel recht positiv. Vor allem das am 1. Januar 2000 in Kraft getretene Freihandelsabkommen Südafrikas mit der EU hat den gegenseitigen Warenaustausch erheblich anwachsen lassen. Südafrikas Ausfuhren in die EU stiegen nominell um 35% auf 90 Mrd. R, die Einfuhren aus der EU nahmen um 20% zu. Der Handelsüberschuss Südafrikas gegenüber der EU erhöhte sich

Tab. 2
Entwicklung des Außenhandels
(Mrd. Rand)

Gegenstand	1996	1997	1998	1999	2000
Wareneinfuhr (fob) ^{a)}	113,7	133,1	150,8	149,5	189,0
Warenausfuhr (fob) ^{a)}	103,9	118,0	135,1	150,6	191,3
Saldo des Warenhandels	- 14,8	- 15,1	- 15,7	1,1	2,3
Wert der Goldausfuhr ^{b)}	26,3	25,8	25,9	24,3	27,2
Warenhandelssaldo inkl. Gold	+ 11,5	+ 10,7	+ 10,2	+ 25,4	29,5
Terms of Trade 1995 = 100					
Inkl. Gold	101,4	100,2	99,3	96,9	95,5
Exkl. Gold	99,3	100,5	99,7	97,8	96,3

^{a)} Daten der Zollstatistik, angepasst an Erfordernisse der Zahlungsbilanz. – ^{b)} Netto-Goldverkäufe einschl. Bestandsveränderung bei der Zentralbank und anderen Finanzinstitutionen.

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, June 2000 und March 2001.

Tab. 3
Zahlungsverkehr mit dem Rest der Welt
(Mrd. Rand)

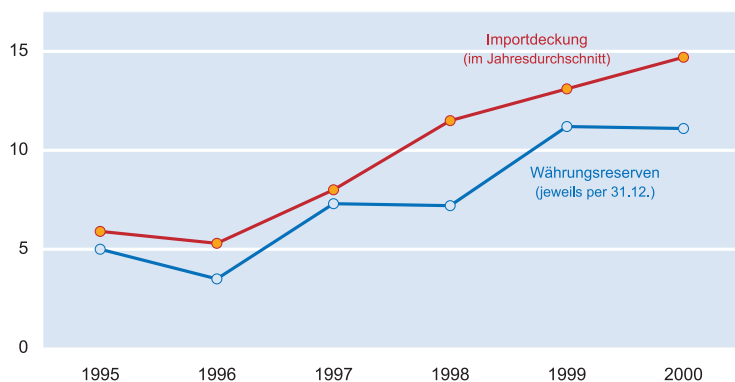
Gegenstand	1996	1997	1998	1999	2000
Exporte von Gütern und Dienstleistungen	156,5	174,4	197,4	215,3	268,9
Import von Gütern und Dienstleistungen	161,4	181,5	206,2	213,0	265,6
Transferzahlungen netto	-3,2	-3,3	-4,1	-5,7	-6,4
Leistungsbilanzsaldo	-8,1	-10,4	-12,9	-3,4	-3,1
Netto-Kapitalzustrom aus dem Rest der Welt	3,0	29,4	13,4	29,2	6,2

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, June 2000 und March 2001.

von 6 Mrd. R (1999) auf 17 Mrd. R. Auch real – unter Einbeziehung des im Jahr 2000 eingetretenen Wertverlustes beim Rand – bedeutet dies einen Zuwachs, der über allen bis dahin erreichten Werten liegt.

Das Leistungsbilanzdefizit blieb moderat und lag im Jahr 2000 mit 3,1 Mrd. R etwa auf der Höhe des Vorjahres (3,4 Mrd. R). Die Devisenreserven standen Ende Dezember 2000 bei 84,2 Mrd. R (11,1 Mrd. US-\$) und deckten damit einen Importbedarf von knapp 15 Wochen an Gütern und Dienstleistungen ab. Der Wechselkurs des Rand geriet im Jahresverlauf verschiedentlich unter Druck und wertete bis zum Jahresende um 12,5% gegenüber einem gewichteten Durchschnitt der wichtigsten Weltwährungen (Euro, US-\$, brit. Pfund und Yen) ab. Internationale Finanztransaktionen betrafen hauptsächlich volatiles Portfolio-Kapital, während internationales Investitionskapital zurückhaltend blieb. Erst die Restrukturierungsankündigung von De Beers und die damit verbundene Erwartung eines beachtlichen Kapitalzuflusses stabilisierten den Rand-Kurs wieder. Der Diamantenkonzern De Beers wird von der bisherigen Aktiengesellschaft in ein Privatunternehmen umgewandelt, das zu 40% der Diamanten-

Entwicklung der Währungsreserven (Mrd. US-\$) und Importdeckung durch Reserven (in Wochen)



Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, March 2001.

Dynastie Oppenheimer, zu 45% der Anglo American Corporation und zu 15% dem botswanischen Staat gehört. Die Transaktion hat ein finanzielles Volumen von knapp 19 Mrd. US-\$. Für Südafrika bedeutet dieser Verkauf einen Devisenzufluss von ca. 3,5 Mrd. US-\$.

Gesundes Finanzmanagement – positive Grundhaltung im Budgetentwurf 2001/02

Dank gesunden Finanzmanagements der Regierung konnten die Budgetvorgaben für das Fiskaljahr 2000/01 annähernd erreicht werden. Das Haushaltsdefizit wird ungefähr

bei den projizierten 2,4% des BIP liegen; im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ist bis zum Jahr 2003/04 ein weiterer Rückgang bis auf 2,1% vorgesehen. Die öffentliche Verschuldung ging zum Jahresende 2000 auf 46,9% des BIP zurück; auch hier ist bis 2003/04 eine stetige Rückführung bis auf rund 39% eingeplant.

Bei der Vorlage seines Haushaltsentwurfs für 2001/02 bekräftigte Finanzminister Trevor Manuel, dass sein Kurs strikter Fiskalpolitik mit den Schwerpunkten Inflationsbekämpfung und Verbesserung der sozialen Lage konsequent fortgesetzt wird. Höhere Ausgaben für Bildung und Infrastruktur sollen die Wirtschaft beleben; für die kommenden drei Jahre rechnet Manuel mit einem Wachstum von je 3,5%. Die Inflation hofft er im Jahresdurchschnitt auf 6% oder darunter drücken zu können.

Der Budgetentwurf sieht Einnahmen von 233 Mrd. R vor, denen Ausgaben von 258 Mrd. R gegenüberstehen. Dies entspricht einem Haushaltsdefizit von 2,5% des BIP. Die Privatisierung staatlicher Betriebe soll in den kommenden drei Jahren 18 Mrd. R einbringen. 58% der geplanten Ausgaben – so der Minister – dienen sozialen Zwecken, ein höherer Anteil als jemals zuvor. Höhere Ausgaben sind u.a. zur besseren Bekämpfung der ausufernden Kriminalität und für Entschädigungszahlungen an Apartheidsopfer vorgesehen. 3 Mrd. R werden als Investitionsanreiz und in Form von Steuerergünstigungen für so genannte strategische, d.h. vor allem massiv Arbeitsplätze schaffende Investitionen bereitgestellt. 8 Mrd. R sollen im Verlauf von drei Jahren in Infrastrukturmaßnahmen (Bau von Krankenhäusern, Schulen, Straßen) gesteckt werden. Weiter gelockert wurden die Devisenbeschränkungen. Die Höchstgrenze für erlaubte Auslandsinvestitionen verzehnfacht sich auf 500 Mill. R (750 Mill. R bei Investitionen in Afrika) und Pensionsfonds, Versi-

Tab. 4
Wichtige Kennziffern
– in % des BIP –

Gegenstand	1996	1997	1998	1999	2000
Außenhandel	43,5	44,4	47,0	45,9	52,0
Haushaltsdefizit des Staates ^{a)}	4,4	4,5	2,9	2,4	2,1
Staatsverschuldung insges. ^{a)}	49,6	48,9	48,2	50,4	46,9
Auslandsverschuldung des Staates	1,9	1,8	2,2	2,5	3,5
Bruttosparquote	15,8	14,5	14,3	14,6	15,2

^{a)} Jeweils per 31.12.

Quelle: South African Reserve Bank, Quarterly Bulletin, June 2000 und March 2001.

cherungen und Trusts können bis zu 20% ihrer Anlagen im Ausland halten.

Neben einer stark verbesserten Steuereintreibung gab es Steuererhöhungen vor allem bei Verbrauchsteuern (Alkohol, Tabakwaren, Kraftstoffe). Die Mehrwertsteuer blieb hingegen mit 14% unverändert.

Aids – die regionale Katastrophe

Der Kampf gegen Aids und seine Folgen bleiben das alles beherrschende Thema in Südafrika wie im südlichen Afrika generell. Auch wenn die im April erzielte außergerichtliche Einigung mit den Pharmakonzernen jetzt die Einfuhr von preiswerten Generika zulässt, ist man der Bekämpfung des HI-Virus damit zunächst nur auf dem Papier einen Schritt näher gekommen.

Das Parlament in Kapstadt hatte schon 1997 ein Gesetz verabschiedet (den Medicines and Related Substances Control Act), das für Südafrika Parallelimporte so genannter Generika und die Erteilung von Zwangslizenzen zulässt. Bei dem Gesetz geht es generell um den Zugang der mehrheitlich armen Bevölkerung zu bestimmten von der WHO als »unentbehrlich« klassifizierten Medikamenten; aktuell wird es jedoch vor allem mit der Behandlung von Aids in Verbindung gebracht. Bei dem von 39 in Südafrika vertretenen Pharmakonzernen angestregten Gerichtsverfahren gegen die südafrikanische Regierung ging es um die grundsätzliche Frage, ob Urheberrechte in Entwicklungsländern auch dann uneingeschränkt ihre Gültigkeit behalten, wenn sie für die dort lebenden Menschen gravierend nachteilige Folgen haben. Dem Ausgang des Prozesses wurde daher eine weit über Südafrika hinausgehende Bedeutung im Hinblick auf den Umgang mit patentgeschützten Medikamenten in Drittweltländern beigemessen.

Die Pharmakonzerne verteidigten ihr Eigentumsrecht an und die Preisgestaltung für Medikamente mit den hohen anfal-

lenden Entwicklungs- und Forschungskosten, von denen die Menschen in der Dritten Welt allerdings aus Kostengründen bislang kaum einen Vorteil gehabt haben. Als die Pharmaindustrie schließlich auf nationalen und internationalen Druck hin ihre Klage vor dem Obersten Gerichtshof in Pretoria zurückzog und einer außergerichtlichen Einigung zustimmte, war der Jubel auf südafrikanischer Seite groß. Das umstrittene Gesetz trat in Kraft, wobei die notwendigen Durchführungsverordnungen noch mit Vertretern der Pharmaindustrie abgestimmt werden müssen. Darüber hinaus sieht die getroffene Vereinbarung vor, dass Pretoria und

die Pharmakonzerne gemeinsam konforme Konzepte zur Eindämmung der Aids-Epidemie entwickeln.

Der Kampf gegen Aids ist damit aber noch lange nicht gewonnen. Aids-Kranke können jetzt zwar in Südafrika die zur Behandlung notwendigen Mittel um bis zu 85% billiger kaufen als HIV-Infizierte in den westlichen Industrieländern – nach wie vor aber können sich die weitaus meisten Südafrikaner auch diese erheblich verbilligten Medikamente nicht leisten. Das Problem ist zudem keineswegs nur der Preis. Nicht weniger hinderlich für einen durchschlagenden Erfolg ist die mangelnde Infrastruktur für eine flächendeckende Behandlung. Es fehlen die Voraussetzungen, um die Medikamenteneinnahme kontrollieren und regelmäßige Tests durchführen zu können. Gerade hier rächt es sich, dass die Aids-Politik in Südafrika, das die höchste HIV-Infektionsrate auf dem Kontinent aufweist (jeder Fünfte ist betroffen), ein sehr ambivalentes Erscheinungsbild bietet. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass Präsident Mbeki nicht an der UN-Aids-Konferenz in New York teilnahm, um dort ggf. seine viel kritisierte Verharmlosung des Aids-Desasters in Afrika zu korrigieren, obwohl er sich gerade zeitgleich in Washington aufhielt.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Seuche werden immer spürbarer. Eine ständig wachsende Zahl von Aids-Waisen und Haushalten ohne Ernährer, die stark rückläufige durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung, ein geringeres Wirtschaftswachstum und ein kaum zu verkraftender Aderlass an Humankapital (da die Krankheit überproportional die junge, wirtschaftlich aktive Bevölkerung trifft) sind nur einige Schlagworte. Großkonzerne wie die Anglo American Corporation in Südafrika oder der Diamantenkonzern De Beers (bzw. Debswana in Botswana) sind deshalb bereits dazu übergegangen, die notwendigen Tests selbst durchzuführen und ihre Angestellten auf eigene Kosten mit Aids-Medikamenten zu versorgen. Auch hier blieb jedoch bis jetzt der geleisteten Aufklärungsarbeit ein Erfolg versagt. Debswana hatte schon Anfang der neunziger Jahre ein internes HIV/Aids-Programm eingeleitet, das alle Minen sowie die vom Konzern aufgebauten Schulen, Läden und Kliniken umfass-

te. Dennoch nahm die Zahl der Aids-bedingten Todesfälle und Arbeitsausfälle kontinuierlich zu. Unter den 6 200 Konzernbeschäftigten waren im Jahr 1999 59% der Todesfälle auf Aids zurückzuführen, und 28% der Belegschaft erwiesen sich als Träger des HI-Virus. In Südafrika hat Aids allein im Jahr 2000 zum Tod von 200 000 Menschen geführt. Einer Untersuchung des Bureau for Market Research zufolge wird Aids hier zu einer Halbierung des ursprünglich für die Jahre von 1996 bis 2006 prognostizierten Bevölkerungswachstums führen. Die neuen Projektionen gehen für diesen Zeitraum nur noch von einem jährlichen Wachstum von 1,35% aus, nach dem Jahr 2011 sollen es weniger als 0,5% sein. Nach diesen Voraussagen wird sich die derzeit auf rund 45 Mill. geschätzte Bevölkerungszahl Südafrikas nur noch bis auf etwa 50 Mill. erhöhen. Andere, weniger pessimistische Prognosen gehen allerdings immer noch trotz Aids von einem mittelfristigen Bevölkerungswachstum um die 2% p.a. aus.

Die soziale Unrast nimmt zu

Eine Serie von Zusammenstößen im ganzen Land – Brandstiftungen, Zerstörungen, gewaltsame Proteste und Auseinandersetzungen mit der Polizei – hat in den letzten Monaten zu wachsender Furcht vor einem sozialen Flächenbrand geführt. Auf den ersten Blick lassen sich die einzelnen Ereignisse und Zusammenstöße nicht miteinander in Zusammenhang bringen. Allen aber ist ihre Ursache in Armut und sozialer Unzufriedenheit gemeinsam. Noch lässt sich nicht beurteilen, ob die Bevölkerung mit diesen Aktionen – wenn auch unkoordiniert – beginnt, die von der Regierung versprochene Linderung der Armut endlich einzufordern oder ob es sich nur um eine zufällige Häufung von Vorfällen handelt. Auch für die Kriminalität sind Armut und Hoffnungslosigkeit ein idealer Nährboden. Die Regierung zeigt sich auf jeden Fall sensibilisiert, wie dies die Ankündigung von speziellen Armutsprogrammen durch Präsident Mbeki und die hohen Sozialausgaben im Staatshaushalt belegen.

Im April übergab die Black Economic Commission Präsident Mbeki einen Bericht, in dem die Ziele für eine stärkere Beteiligung schwarzer Unternehmen am Wirtschaftsleben umrissen werden. Effektiv werden derzeit nur 5,3% der in Südafrika börsenkotierten Unternehmen von Schwarzen beherrscht (es waren schon einmal – 1998 – 9,6%, doch fiel der Anteil dann wieder zurück). Zwar nahm die neue schwarze Mittelschicht seit 1990 von 2% auf 10% der Bevölkerung zu; das Einkommen der ärmsten Schwarzen jedoch – 40% der Bevölkerung – ist seit dem Machtwechsel 1994 stetig gesunken. Die Kommission fordert eine Anhebung des Anteils schwarzer Angestellter in jedem Wirtschaftsbereich auf mindestens 25%, und ebenso hoch sollte der von Schwarzen kontrollierte Anteil der an der Johannesburg

Börse kotierten Unternehmen sein; 40% aller Direktorenposten sollten Schwarze besetzen.

Mbeki hat sich vor diesem Hintergrund äußerst unzufrieden über die wirtschaftlichen Besitzverhältnisse in Südafrika geäußert. Nicht von der Hand zu weisen ist die Warnung von Cyril Ramaphosa (der der Kommission vorsteht), dass es in Südafrika zu ähnlichen Ausschreitungen wie in Simbabwe kommen könne, wenn es nicht innerhalb des nächsten Jahrzehnts zu einer deutlichen Stärkung des schwarzen Wirtschaftssektors komme. Die beiden größten Probleme des *Black Empowerment* sind fehlendes Kapital und unzureichende Ausbildung. Bisher fehlt in Südafrika jedoch ein umfassendes Netz zur Förderung von Kapitalbildung und Ausbildung einer breiteren schwarzen Unternehmerschicht.

Auf dem südafrikanischen Arbeitsmarkt weitet sich deshalb der »skills gap« immer mehr. Der Dienstleistungssektor des Landes nähert sich dem Niveau entwickelter Länder mit der Folge eines spürbaren Mehrbedarfs an qualifizierten Arbeitskräften. Das gleiche gilt angesichts fortgesetzter Modernisierung auch für die übrigen produzierenden Wirtschaftsbereiche. Während der Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften in den neunziger Jahren stetig zugenommen hat, ging die Nachfrage nach gering qualifizierter und ungelernter Arbeit eklatant zurück. Eine nachhaltige Änderung dieser Situation ist nur nach massiven Investitionen in das Humankapital und damit bestenfalls mittelfristig zu erwarten.

Die angekündigte Lockerung der Einwanderungsbestimmungen hängt unmittelbar mit dieser prekären Arbeitsmarktsituation zusammen. Die südafrikanischen Wirtschaftsverbände beklagen seit langem die viel zu starren Einwanderungsgesetze in Verbindung mit einer ineffizienten und zum Teil korrupten Bürokratie. Dies ist um so bedrohlicher, als vor allem die Wirtschaft und das Gesundheitswesen Südafrikas zusätzlich unter einer anhaltend hohen Auswanderung von Fachkräften leiden. Auch die Forschung beklagt zunehmend die Abwanderung von Wissenschaftlern. Nach offiziellen Statistiken sind 1999 im sechsten Jahr hintereinander mehr als 4 000 qualifizierte Südafrikaner jährlich abgewandert; inoffiziell sollen es mehr als dreimal so viel gewesen sein. Noch nie zuvor hat es in Südafrika eine so lange anhaltende Auswanderungswelle qualifizierter Fachkräfte gegeben, während sich auf der anderen Seite die Zahl der Einwanderer auf dem niedrigsten Stand seit 1945 befindet. Zu den Auswanderern – bei denen es sich keineswegs nur um Weiße, sondern auch um gut ausgebildete jüngere Schwarze, vorzugsweise aus dem IT-Bereich, handelt – gehören vor allem Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure, Computerfachleute, Manager und Lehrer. Zielländer sind bevorzugt Australien, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und die USA. Von den Auswanderern werden insbesondere die hohe Kriminalität, schlechte Berufs-

aussichten (als Folge von *Black Empowerment*), ungenügende Ausbildungsmöglichkeiten und das sich verschlechternde Gesundheitswesen beklagt.

Beunruhigende regionale Einflüsse

Der – neben der Aids-Katastrophe – alles beherrschende regionale Faktor ist im südlichen Afrika der wirtschaftliche und politische Niedergang Simbabwe, der sich im Rahmen zunehmender Rechtlosigkeit abspielt und nur vordergründig mit der ungelösten Landfrage zusammenhängt (vergl. hierzu auch »Südafrika im Jahr 2000«, ifo Schnelldienst 30/2000). Im Kern geht es um den Machterhalt des Präsidenten Robert Mugabe ohne Rücksicht auf das Land und dessen Bevölkerung. Gerichtsurteile werden missachtet, missliebige Richter entlassen oder zum Rücktritt gezwungen. Die Übergriffe gegen Oppositionsanhänger nehmen immer beunruhigendere Ausmaße an. Die Leiterin der internationalen Hilfsorganisation IRCT (International Rehabilitation Council for Torture Victims) ließ verlauten, in ihrer mehr als 25-jährigen Erfahrung noch nie eine derart offene und unverschämte Folterpraxis wie in Simbabwe angetroffen zu haben. Jüngster Schachzug der Regierung in Harare ist die Prozessöffnung gegen den Oppositionsführer Morgan Tsvangirai im Mai wegen »terroristischer Handlungen«. Grundlage der Anklage ist eine unbedachte Äußerung Tsvangirais auf einer Veranstaltung seiner Partei, des Movement for Democratic Change, im September vergangenen Jahres, auf der er Mugabe zum friedlichen Rücktritt aufforderte, anderenfalls man ihn aus dem Amt jagen werde.

Tsvangirai hat bei den spätestens im Mai nächsten Jahres stattfindenden Präsidentschaftswahlen sehr reale Chancen, Mugabe an der Wahlurne zu schlagen – dies aber nur, sofern er nicht zu dieser Zeit im Gefängnis sitzt. Die sich schon jetzt wieder häufenden Übergriffe gegen Oppositionelle sagen eine blutige Regierungskampagne voraus. Präsident Mugabe – darin sind sich praktisch alle einig – werde sein Amt niemals freiwillig aufgeben. Die wirtschaftlichen Folgen dieser seit gut 1 1/2 Jahren verfolgten destruktiven Politik haben das Land an den unmittelbaren Rand wirtschaftlichen Zusammenbruchs gebracht. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Simbabwe wurde eingestellt. Über 2 Mill. Menschen sollen das Land in den letzten zwei Jahren verlassen haben, 1 Mill. Arbeitsplätze gingen verloren, die Wirtschaft schrumpft im laufenden Jahr um mindestens 10%, die Arbeitslosen- und Inflationsraten liegen zwischen 60% und 80%, der Wertzerfall der Landeswährung geht unaufhaltsam weiter, und der Schuldendienst beansprucht inzwischen mehr als die Hälfte des Staatshaushalts – dies sind nur einige Eckdaten, die die heutige Lage kennzeichnen. Die illegalen Farmbesetzungen – über 1 000 befinden sich noch immer in der Gewalt der so genannten »Kriegsveteranen« – haben zu gravierenden Ernteausfällen geführt, so dass Sim-

babwe, dessen Regierung noch bis vor kurzem Berichte über eine drohende Hungersnot als unbegründet zurückwies, im Juli erstmals Versorgungsengpässe einräumte und die internationale Gemeinschaft um Nahrungsmittelhilfe (600 000 t Mais und 200 000 t Getreide) bat. Ohne die Hilfen Südafrikas bei der Treibstoff- und Stromversorgung wäre die Wirtschaft des Landes schon längst vollständig zusammengebrochen.

Dies ist die Situation, angesichts derer dem südafrikanischen Präsidenten Mbeki immer wieder vorgeworfen wird, nicht klar und eindeutig genug zu den anarchischen Zuständen im Nachbarland Stellung zu nehmen und die dort verfolgte Politik zu verurteilen. Mbeki reagiert zumeist mit der Bemerkung, dass es nicht in Südafrikas Interesse sei, zu einer weiteren Destabilisierung Simbawbes – dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner Pretorias auf dem Kontinent – beizutragen. Für Südafrika ist aber die Furcht viel entscheidender, dass sich die in Simbabwe herrschende Rechtlosigkeit auf die Nachbarstaaten ausbreiten könnte. Schon jetzt ist diese Furcht – neben Aids – zu einem der größten Investitionshindernisse am Kap wie in der Region generell geworden.

In Namibia werden bereits die Stimmen lauter, die bei der nur sehr schleppend vorangehenden Landumverteilung einen dem Vorgehen in Simbabwe ähnlichen Weg fordern. Vergleichbare Stimmen sind in Südafrika zwar wesentlich leiser, doch trifft auch für die Kaprepublik eine bisher nur sehr zögerliche, da gesetzeskonforme Landumverteilung zu. Effektiv ist bislang nicht ein einziger Farmer gegen seinen Willen und zu einem nicht seinen Vorstellungen entsprechenden Preis enteignet worden – ein angesichts der Armutssituation und sozialen Lage im Land sicher nicht auf Dauer haltbarer Zustand. Als der ANC 1994 an die Macht kam, versprach er, 30% des landwirtschaftlich genutzten Landes an die zuvor diskriminierten Schwarzen umzuverteilen; bis jetzt haben jedoch gerade einmal 2% ihren Besitzer gewechselt. Das staatliche Landreformprogramm besteht aus drei Teilen: Verteilung von Land, das sich bereits in öffentlichem Eigentum befindet; Aufkauf von Land aus Privatbesitz zum Zweck der Umverteilung, wobei bei einer Weigerung des Besitzers eine Entzweigung gegen Entschädigung möglich ist; sowie drittens die Wiederansiedlung von etwa 3 Mill. von der Apartheidsregierung zwangsweise umgesiedelten Menschen auf ihrem angestammten Land. Von den hier bislang eingegangenen rund 60 000 Landansprüchen (die mehrere 100 000 Menschen betreffen) sind bislang etwa 12 000 erfolgreich abgeschlossen worden.

Auf einer unbebauten Fläche nahe Johannesburg fand im Juli ein erster Fall illegaler Landbesetzung statt – ein Vorfall, der heftige Debatten über Armut und Obdachlosigkeit in Südafrika auslöste (in der Kaprepublik fehlen rund 3 Mill. Häuser, und dieser Rückstand wächst jährlich um weitere 300 000). Noch richtet sich der Unmut der Besetzer nicht

unmittelbar gegen weiße Farmer, denn das besetzte Land gehört der Regierung und halbstaatlichen Unternehmen. Der linksgerichtete PAC (Pan Africanist Congress) hatte die Aktion finanziell und moralisch unterstützt und weitere Maßnahmen dieser Art angekündigt. Mit den Verhältnissen in Simbabwe hat dieser Vorfall noch wenig gemein und nach einem Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofs in Pretoria musste die Polizei das besetzte Land binnen 48 Stunden wieder räumen. Die Aktion hatte jedoch insofern Erfolg, als sie die Wohnungsnot der schwarzen Armutsbevölkerung wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rückte – und sie ist auch ein Warnzeichen, dass die Ungeduld bei den Ärmsten im Land zunimmt. Die Regierung ließ verlauten, dass man alles tun werde, um die Umverteilung von Land und das Wohnungsbauprogramm in Zukunft zu beschleunigen.

Das Schicksal der Region hängt von der weiteren Entwicklung in Simbabwe, von einer zufriedenstellenden Regelung der Landfrage und von der unabdingbaren Notwendigkeit ab, die Aids-Problematik über eine wirksame Bekämpfung der Seuche in den Griff zu bekommen. Noch steht Südafrika diesen globalen Herausforderungen politisch und wirtschaftlich stabil gegenüber. Die Frage ist nur: Wie lange noch?